

Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

August 2010

Bahnlärm gemeinsam bekämpfen - Initiativen schließen sich gegen lärmende Bahn zusammen

Gemeinsame Informations- und Aufklärungskampagnen sollen Politik und Bahn auf Versäumnisse der Vergangenheit hinweisen.



Wenn es um unerträglichen Verkehrslärm geht, ist die Deutsche Bahn einer der größten Umweltsünder. Kein anderes Verkehrsmittel ist lauter, hat steilere Schall-Anstiegskurven, verursacht größere Erschütterungen und darf ungebremst bei Tag und Nacht zwischen den Häuserzeilen innerhalb der Ortschaften durchfahren. "Die Bahn ist ein Lärmmonster, die ihren guten Ruf in Sachen Umwelt immer mehr verspielt, weil man sich die Kosten für Lärmschutz am liebsten sparen möchte", sagt Roland Diehl, Sprecher der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR).

Täglich entstehen neue Bürgerinitiativen im Land, um sich gegen den Bahnlärm zur Wehr zu setzen. Jetzt haben die ganz großen Bürgerinitiativen am Ober- und Hochrhein, am Mittelrhein sowie am Niederrhein und in Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit erkannt, gemeinsame Sache zu machen, um die erforderlichen Mittel und die nötige Durchschlagskraft im Kampf gegen den Lärm aufzubringen.

Die Lärmwerte, denen die Menschen an Bahnstrecken immer noch ausgesetzt sind, liegen in der gefühlten Lautstärke um das Vier- bis Fünffache über dem, was die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorschlägt. Schlimmer noch, die Bahn, die im Güterverkehr seit 50 Jahren kein einziges Dezibel leiser wurde, nimmt noch einen "Schienenbonus" für sich in Anspruch und will als besonders lärmverträglich und ökologisch gelten. Dabei werden die Waggons immer noch wie die alten Postkutschen im vorletzten Jahrhundert auf den Laufflächen der Räder gebremst und neben Luftschall verursachen die Stahlmonster mittlere Erdbeben durch Erschütterungen in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern.

Damit soll bald Schluss sein, denn die großen Bürgerinitiativen, zu denen auch Netzwerke in der Schweiz und in Italien/ Südtirol gehören, wollen mit einem Internationalen Bahnlärmkongress, verbunden mit Informations- und Aufklärungskampagnen, dafür sorgen, dass sich Bahn und Politik nicht mehr länger hinter den eigenen Versäumnissen verstecken können. Mediziner halten die Bahnlärmsituation im Rheintal schon heute nicht mehr für vertretbar und Rechtswissenschaftler sprechen von einer verfassungsrechtlich bedenklichen Abstinenz des Gesetzgebers beim Immissionsschutz.

Sibylla Windelberg, die Vorsitzende der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm (BVS), weist darauf hin, dass statt der versprochenen Lärmreduzierungen im Rahmen des sogenannten Lärmschutzprogramms der Bundesregierung, durch Verkehrszunahmen und Überalterung der Fahrzeuge der Lärm nie abgenommen, sondern immer nur zugenommen habe.

"Wir sehen hier Grundrechte verletzt und werden die Politiker und Bahnvorstände dafür zur Verantwortung ziehen", erklärt Frank Groß, Sprecher des Bürgernetzwerks Pro Rheintal. Roland Diehl, Johannes Baumgärtner, Manfred Wahl und Georg Binkert von der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG BOHR) pflichten dem bei. "Seit Ende der 90er-Jahre sind die unhaltbaren Zustände entlang der Bahntrassen im Parlament bekannt – nicht zuletzt auch durch den Sachverständigenrat, ohne dass daraus bis heute Konsequenzen gezogen und wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen wurden", so Roland Diehl. "Hier am Oberrhein tobt inzwischen der Lärmaufstand und wir haben Mühe, unsere Mitglieder zu beruhigen, deshalb sind jetzt deutliche Signale der Politik gefordert", macht Johannes Baumgärtner deutlich.

Teil des neuen Bündnisses auch die Initiativen am Niederrhein, wie Lions Emmerich, Betuwe – So nicht! und die IG BISS. Im Ruhrgebiet, halten der Bürgerverein Duisburg und AGUS (Alliance gegen Umweltschä-

den durch Schienenverkehr) die Anliegen der Lärmgegner hoch. Am Unteren und Oberen Mittelrhein sind neben der Bürgerinitiative gegen Umweltschäden durch die Bahn auch die IG gegen Bahnlärm in Leutesdorf sowie in Leonberg die AGVL (Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm Region Leonberg) aktiv.

Parteiübergreifend will man Kommunen und Kreise, Länder und Regionen auffordern, sich im Kampf gegen Lärm anzuschließen. Ziel ist es, mehr als eine Million Menschen hinter sich zu scharen, um dafür zu sorgen, dass Politik wieder fürs Volk und nicht für Lobbyisten gemacht wird. "Lärmschutz ist eine Überlebensstrategie und die Ruhe gehört in Zukunft zu denjenigen Gütern, die es zu schützen gilt", erklärt Roland Diehl.

Er fährt fort: "Vor dem Hintergrund der Katastrophe im Golf von Mexiko habe Präsident Obama die Amerikaner jetzt zu einer Abkehr vom Öl und zur Hinwendung zu erneuerbaren Energien aufgefordert. Eine der ergiebigsten erneuerbaren Energien sei dabei die menschliche Schaffenskraft. Doch unter permanenten Lärmstressbedingungen könnten Menschen ihre Batterien nicht richtig aufladen. Die Folgen seien abzusehen und würden Staat und Gesellschaft Jahr für Jahr mehr Geld kosten als ein wirksames Lärmschutzprogramm."

Die Bürgerinitiativen haben führende Wissenschaftler zum Bahnlärm-Kongress am 13. und 14. November nach Boppard eingeladen. Mitmachen sollen auch Politiker aller Ebenen, um der Einseitigkeit des Informationsflusses in Sachen Bahn zu entrinnen und sich anhand anschaulicher Vorträge und Diskussionsrunden selbst eine Meinung zu bilden. "Menschen ein Recht einzuräumen, nachts schlafen zu dürfen, ist ein parteiübergreifendes Anliegen. Schlimm genug, wenn man dafür in einer zivilisierten Gesellschaft kämpfen muss", sagt Roland Diehl.

Kontakt:

Dr. Roland Diehl

Sprecher IG BOHR Vorstand MUT e.V. Telefon: 07633/14362 Fax: 07633 405409

vorstand@mut-im-netz.de

IBK Kongressbüro

Frank Gross, Kongressleitung Simmerner Straße 12 56154 Boppard Tel: 06742 801069-0

E-Mail: info@pro-rheintal.de